

## Protokoll des Einwohnerrates Wohlen

9. Sitzung vom 15. Dezember 2014 von 19.00 Uhr bis 21.00 Uhr Casino Wohlen

---

**Vorsitz:** Ariane Gregor, Präsidentin

**Protokollführung:** Michelle Steinauer, Gemeindeschreiber-Stv.

**Präsenz:** **Einwohnerrat von 19.00 Uhr**  
Mitglieder des Einwohnerrates: 39  
Absolutes Mehr: 20  
Zweidrittelsmehr: 26

**Gemeinderat**

Walter Dubler, Gemeindeammann  
Paul Huwiler, Vizeammann  
Bruno Breitschmid, Gemeinderat  
Urs Kuhn, Gemeinderat  
Ruedi Donat, Gemeinderat  
Arsène Perroud, Gemeinderat  
Markus Gsell, Gemeinderat

**Weitere Anwesende**

Christoph Weibel, Gemeindeschreiber  
Gregor Kaufmann, Finanzverwalter

**Entschuldigungen**

John Koch, SVP

## **Traktanden:**

1. Eingänge und Mitteilungen
2. Bericht und Antrag 13032 Ordentliche Einbürgerungen
3. Finanzplan 2015 – 2024 (13028)
4. Bericht und Antrag 13031 Nachtragskredit (NK) II – 2014
5. Antwort zur Anfrage 13029 betreffend Dauerwechsel Bauverwalter

---

Gregor Ariane, Präsidentin:

## Eingänge

Folgende Eingänge haben die Mitglieder des Einwohnerrates seit der letzten Sitzung vom 13. Oktober 2014 zu verzeichnen:

- Antwort zur Anfrage 13029 betreffend Dauerwechsel Bauverwalter
- Einladung der Schulpflege zur Besichtigung der Schulräume am Oberdorfweg
- Demission per 31. Dezember 2014 von Isabel Pantano aus dem Wahlbüro
- Bericht und Antrag 13031 Nachtragskredit II – 2014
- Stellungnahme der FIKO zum Nachtragskredit II
- Absage der Einwohnerratssitzung vom 17. November 2014
- Einladung zur Einwohnerratssitzung von 15. Dezember 2014
- Bericht und Antrag 13032 Ordentliche Einbürgerungen
- Bericht der FIKO zum Aufgaben- und Finanzplan 2015 – 2024
- Diverse Einladungen „Adventskalender“ der Regionalen Musikschule Wohlen
- Sitzungsdaten Einwohnerrat 2015
- Antwort zur Anfrage 13030 betreffend 80 neue Asylanten in Wohlen
- Bericht und Antrag 13033 Genehmigung Kaufvertrag mit der Firma Oscosa AG an der Pilatusstrasse
- Bericht und Antrag 13034 Genehmigung Kaufvertrag mit der Fisher Scientific AG, sowie Baukredit für die Umnutzung
- Einladung zur Besichtigung Gebäude Fisher Scientific AG vom Samstag, 20. Dezember 2014
- Motion 13035 betreffend Globalbudget für die Schulen Wohlen

Es liegt auf:

- Postulat 13036 Neue Standortsuche für die Ludothek Wohlen
- Postulat 13037 Sitzstufen für Jugendliche an der Bünz
- Einladung zum Schülerwettbewerb „Mis Wohle“ vom 16. Januar 2015

Büchi Roland, Präsident EBK: Zum zweiten Mal in diesem Jahr stehen im Einwohnerrat Einbürgerungen an. Die Einbürgerungskommission hat 27 Einbürgerungsgesuche, total 35 Gesuchsteller, behandelt. Auf das ganze Jahr gesehen wurden 2014 total 53 Gesuche, mit insgesamt 65 Gesuchstellern, behandelt. Zwei Gesuche wurden zurückgezogen. Das bedeutet, dass 63 Personen zur Einbürgerung vorgeschlagen werden. Stand Ende November dieses Jahres wurden total 75 Einbürgerungsgesuche gestellt, welche insgesamt 114 Personen beinhalten. Im Jahr 2013 wurden vergleichsweise 46 Einbürgerungsgesuche gestellt, wobei dort noch einige Gesuche aus dem Jahr 2012 dabei waren, total waren es 74 Personen, davon wurden 39 Personen zurückgestellt, insgesamt 35 Personen wurde das Bürgerrecht der Gemeinde Wohlen zugesichert.

Man kann sich jetzt fragen, weshalb dieses Jahr mehr Personen ein Einbürgerungsgesuch gestellt haben. Liegt es an der Einbürgerungskommission? Haben sich die neuen Gesuchsteller besser als ihre Vorgänger auf die Prüfung vorbereitet? Weder noch, der Grund dafür ist das neue Einbürgerungsverfahren, welches am 1. Januar 2014 in Kraft getreten ist.

Das Wichtigste zum neuen Verfahren in Kürze: Der Einbürgerungstest besteht aus drei Teilen. Der erste Teil ist ein schriftlicher Staatskundetest, bestehend aus 45 Fragen. Die Fragen können vorab im Internet geübt werden. Es muss keine minimale Punktzahl erreicht werden, vielmehr dient er als Standortbestimmung. Genau das ist für mich und die anderen Kommissionsmitglieder eine Zumutung, denn nach unserer Meinung müsste man den Staatskundetest analog einer Autotheorieprüfung abhalten, mit einer zu erreichenden Minimalpunktzahl. Dass dies ein unbefriedigender Zustand ist, sieht der Einbürgerungspräsident im Grossen Rat in Aarau auch so. In nächster Zeit wird sich an dieser Regelung aber nichts ändern. Ein schlechter Staatskundetest ist also kein Grund, einen Gesuchsteller nicht einzubürgern. Der zweite Teil des Verfahrens ist ein Gespräch mit drei Mitgliedern der Einbürgerungskommission. Dort wird das Wissen der Gesuchsteller über den Kanton Aargau und Wohlen insbesondere abgefragt. Fällt der Test positiv aus, beim Staatskundetest wurden aber wenige Fragen richtig beantwortet, muss das Gesuch an den Kanton weitergeleitet werden. Sind die Kenntnisse über den Kanton Aargau und Wohlen mangelhaft, wird der Gesuchsteller vor die gesamte Einbürgerungskommission vorgeladen und noch einmal befragt. In diesem Gespräch werden auch seine Deutschkenntnisse getestet. Sollten Zweifel bezüglich seiner Deutschkenntnisse bestehen, kann der Gesuchsteller zum Deutschtest aufgeboten werden. Fällt dieser negativ aus, was der Fall ist, wenn der Gesuchsteller mehr als die Hälfte der Fragen falsch beantwortet, wird der Gesuchsteller noch einmal vor die gesamte Kommission vorgeladen und befragt. Direkt im Anschluss an dieses Gespräch wird dem Gesuchsteller mitgeteilt, wie sich die Einbürgerungskommission entschieden hat. Nimmt der Gesuchsteller einen negativen Entscheid der Einbürgerungskommission nicht an, wird er vor den gesamten Gemeinderat vorgeladen, dieser führt dann ein Gespräch mit dem Gesuchsteller und entscheidet dann, ob das Gesuch mit einem Bericht und Antrag an den Einwohnerrat weitergeleitet wird oder nicht.

Sie sehen also, es ist um einiges schwieriger als früher, einen Gesuchsteller nicht einzubürgern. Ich bin mir sicher, dass sich diese Tatsache bereits herumgesprochen hat und wir in nächster Zeit mit einer weiteren Zunahme der Gesuche rechnen müssen. Ich bin sicher, dass es so nicht weitergehen darf. Der Grosse Rat in Aarau sollte das ganze Einbürgerungswesen überdenken, ansonsten wird die Einbürgerungskommission mit Gesuchen überschwemmt werden.

Die Einbürgerungskommission entscheidet und handelt nicht parteipolitisch. Es sind Vertreter und Vertreterinnen aller grossen und auch der meisten kleineren Parteien in ihr ver-

treten. Viele Kommissionsmitglieder verfügen über langjährige Erfahrung mit dem Thema. Wenn die Kommission einen Gesuchsteller einmal negativ beurteilt, können Sie davon ausgehen, dass dieses Urteil stimmt. Es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderat einen von der Einbürgerungskommission gefassten Entscheid unterstützt. Zur Ehrrettung der Gesuchsteller muss aber gesagt werden, dass negative Einschätzungen Einzelfälle sind und eher selten vorkommen.

Die meisten Gesuchsteller nehmen die Einbürgerung ernst und erzielen beim Staatskundentest eine gute Punktzahl. Sie nehmen auch das Einbürgerungsgespräch ernst und können viele Fragen zum Kanton und zu Wohlen korrekt beantworten. Solche Gesuchsteller wünschen wir uns und schlagen sie auch mit ruhigem Gewissen zur Einbürgerung vor.

Heute liegt wieder ein Bericht und Antrag über Einbürgerungen vor. Die Einbürgerungskommission hat sich mit 27 Gesuchen, insgesamt 35 Personen, befasst, ein Gesuchsteller hat sein Gesuch zurückgezogen. Diese Gesuchsteller sind asymiliert und können bedenkenlos zur Einbürgerung vorgeschlagen werden. Die Einbürgerungskommission empfiehlt Ihnen, den 34 Gesuchstellern im Antrag 13032 das Bürgerrecht von Wohlen zuzusichern. Noch einen kleinen Nachtrag: Auf der Seite 5 ist ein Fehler, Frau Koluh lebt seit dem 6. September 2002 in der Schweiz.

Breitschmid Bruno, Gemeinderat: Es freut mich ausserordentlich, dass von den 34 Einbürgerungswilligen heute die meisten auf der Tribüne die Verhandlung verfolgen. Bereits an der letzten Einwohnerratssitzung mit Einbürgerungen, am 23. Juni 2014, waren sehr viele Einbürgerungswillige anwesend. Das ist bestimmt eine positive Folge des neuen Einbürgerungsverfahrens.

An den Einbürgerungsgesprächen müssen, nebst einem Vertreter der Verwaltung für die Protokollführung, zwei Mitglieder der Einbürgerungskommission und ein Gemeinderat anwesend sein. Dieses Jahr habe ich in meiner Funktion als Gemeinderat etwa 50 Gespräche geführt. Die Gemeinderäte Arsène Perroud und Markus Gsell haben mich ab Mitte Jahr auch unterstützt. Ich danke allen Beteiligten.

Dieses Jahr haben wir eine Verdoppelung der Gesuche und es fanden bereits die ersten Gespräche für die nächste Einbürgerungsrunde statt. Es sind bereits 25 Gesuche pendent. Trotz des grossen Aufwandes möchte ich festhalten, dass die Gespräche und Sitzungen in der Einbürgerungskommission nach wie vor interessant und informativ sind. Aus meiner Sicht bewährt sich dieser Teil des neuen Verfahrens. Zum Rest des Verfahrens werde ich nicht Stellung nehmen, da Roland Büchi bereits darüber gesprochen hat. Es ist wichtig, dass wir die Einbürgerungswilligen in Gesprächen besser kennenlernen. Das hilft uns, die Gesuche besser und persönlicher zu beurteilen.

Es ist Ihnen bei der Durchsicht der Akten sicher aufgefallen, dass wir dieses Mal sehr viele junge Gesuchstellende haben. Mehr als die Hälfte von ihnen sind in der Schweiz geboren oder im Kleinkindalter in die Schweiz eingereist. Bei diesen Menschen stellt sich die Frage, ob sie integriert sind, sicher nicht, sie sind bestens integriert. Wenn ich aber die Abstimmungsergebnisse des letzten Bericht und Antrags betreffend Einbürgerungen anschau, sehe ich, dass offenbar drei Mitglieder des Einwohnerrates, ungeachtet der einbürgerungswilligen Person, immer Nein stimmten. Es ist das demokratische Recht zu stimmen wie man will, aber auch der alt SVP-Einwohnerrat Bruno Bertschi hat vor Jahren auf diese Nein-Stimmen aufmerksam gemacht, es hat ihn auch gestört. Noch weniger verstehe ich, dass jemand das letzte Mal alles leer eingelegt hat. Man sollte doch eine Stimme abgeben. Ich empfinde diese Haltung als Misstrauensvotum gegenüber den Einbürgerungswilligen und der Einbürgerungskommission. Und es ist wirklich störend, dass keiner der Nein-Stimmenden die Einbürgerungsakten auf der Gemeinde angeschaut hat, es war nämlich

niemand in der Kanzlei, um die Dossiers anzuschauen. Meine Damen und Herren, haben Sie ein Herz und stimmen Sie aus Überzeugung Ja für alle von uns empfohlenen Einbürgerungsgesuche.

## ABSTIMMUNGSPROTOKOLL

Einbürgerung (Zusicherung des Gemeindebürgerrechtes)

vom 15. Dezember 2014

Zahl der Anwesenden 39

Eingelegte Stimmzettel 39

**Gültige Stimmzettel 39**

Das Ergebnis lautet:

Zusicherung erteilt

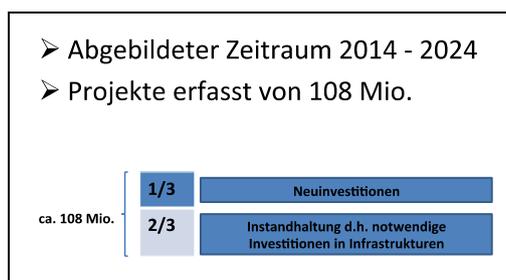
	JA	NEIN	UNGÜLTIG LEER	TOTAL STIM- MEN	
Berisha Gjyle	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Berisha Lindita mit Sohn Berisha Enis und Tochter Berisha Gerta	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Chandraban Sharjaany	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Di Santo Simona	36	2	1	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Emini Nedjmije	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Granatic Mile	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Hafizovic Ermina	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Halimi Liridona	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Halimi Lirigzona	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Haschker Thomas	35	3	1	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Ielapi Francesca mit Sohn Ielapi Stefano und Tochter Ielapi Serena	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Koluh Amina mit Tochter Koluh Meryem	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Krasniqi Zenun	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Kwasnik Maria Sofia	35	3	1	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Mohammadi Faezeh	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Mohammadi Farideh	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Moosavi Ziba	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Pathmaraj Nissani	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Puricel Ecaterina	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Puricel Serban-George	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Puricel Valentin-Edgard mit Ehefrau Puricel Cornelia	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Redjepi Liridon	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Schmid Norbert	35	3	1	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Selmanaj Jetnor mit Ehefrau Selmanaj Safete	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Selmanaj Teuta	34	3	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Shtufi Arben	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>
Sulaiman Abdulhamid	33	4	2	39	<input checked="" type="checkbox"/>

Gregor Ariane, Präsidentin: Es ist das erste Mal, dass der Gemeinderat einen Finanzplan für die nächsten zehn Jahre abgibt. Es handelt sich um eine rollende Planung, damit sind die Zahlen notgedrungen weniger präzise. Auch wenn der Finanzplan einen unverbindlichen Stempel trägt, ist er ein wichtiges Planungsinstrument. Im Gesetz über die Einwohnergemeinden vom Kanton Aargau steht unter Artikel 86, dass der Gemeinderat die Aufgaben- und Finanzplanung, jährlich aktualisiert, für mindestens vier Jahre erstellen muss. In vielen vergangenen Einwohnerratsdebatten wurde mehrheitlich moniert, dass eine rollende Planung vor dem Budget im Rat behandelt werden sollte. Ich erlaube mir in meiner Rolle als Einwohnerratspräsidentin beiden Räten beliebt zu machen, den nächsten Finanzplan im August zur Behandlung kommen zu lassen. Da es ein Zusammenspiel von Abteilungen, Gemeinderat, FIKO und Einwohnerrat braucht, ist es wichtig, bereits jetzt über den nächsten Aufgaben- und Finanzplan nachzudenken und umgehend in die weiterführende Planung zu gehen. Über den Finanzplan stimmen wir nicht ab, er wird zu gegebener Zeit zur Kenntnis genommen. Die Fraktionen und die Einwohnerräte/innen sind also gebeten, Positives und oder Negatives zu Protokoll zu geben.

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Für die Erstellung des Aufgaben- und Finanzplans ist der Gemeinderat verantwortlich. Die FIKO darf gemäss Gemeindeordnung Stellung dazu nehmen. Wir haben an diversen Sitzungen den Finanzplan 2015-2024 besprochen. Wir danken dem Gemeinderat, speziell Finanzvorsteher Markus Gsell, Finanzverwalter Gregor Kaufmann, Gemeindeschreiber Christoph Weibel und allen beteiligten Angestellten für die grosse Arbeit und die Unterstützung bei unseren Beurteilungsarbeiten. Die FIKO hat in ihrem umfangreichen Bericht bereits Stellung zum Finanzplan genommen. Ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht gelesen und in Ihren Fraktionen besprochen haben. Ich habe keine Ergänzungen und verzichte deshalb auf weitere Ausführungen.

Gsell Markus, Gemeinderat: Ich gebe Ihnen einige Ausführungen zum Finanzplan 2015-2024. Er basiert auf dem Leitbild und dem Legislaturprogramm 2014-2017. Wir hatten das genehmigte Budget 2014 und das vom Gemeinderat genehmigte Budget 2015. Der Finanzplan gilt für die nächsten zehn Jahre. Dieser lange Zeitraum war uns wichtig, damit man nebst den Investitionen auch sieht, wann mit dem Schuldenabbau begonnen werden kann. Er dient auch als Orientierungshilfe für den Gemeinde- und den Einwohnerrat.

Bei den Investitionen von CHF 108 Mio. handelt es sich bei einem Drittel um Neuinvestitionen, bei zwei Dritteln sich um reine Instandhaltungsarbeiten. Es sind notwendige Investitionen in unsere Infrastruktur für die Werterhaltung und den Unterhalt unserer Anlagen. Diese Investitionen müssen jetzt angepackt werden. Sie sind in der Erfolgsrechnung als Aufwand zu sehen.



Beim Personalaufwand haben wir einen jährlichen Zuwachs von 0.5% p.a. Die übrigen Aufwandsteigerungen betragen 0.5% bis 1% jährlich.

## Betrieblicher Aufwand

Investitionen verursachen mittelbar auch Kosten in der Erfolgsrechnung

- Abschreibungen
- Kapitaldienst
- Betrieb
- Instandhaltung
  
- Personalaufwand Zuwachs 0,5% pro Jahr
- Übrige Aufwandsteigerung 0,5 - 1% pro Jahr

Bei der Steuerfussentwicklung gehen wir nächstes Jahr von 120% aus, das sind 7% mehr als jetzt. Danach werden wir zwei Jahre lang einen Steuerfuss von 122% haben. Dann sollte der Steuerfuss wieder sinken. Das ist unsere prognostizierte Steuerfussentwicklung. Bei einem steuerbaren Einkommen von CHF 70'000.00 (Familie, verheiratet, zwei Kinder) macht das eine jährliche Mehrbelastung von CHF 190.00. Bei den juristische Personen haben wir eine moderate Steigerung von etwa CHF 400'000.00 über die nächsten zehn Jahren drin. Juristische Personen werden im ganzen Kanton gleich hoch besteuert. Die Steuern treibt der Kanton ein und die Gemeinden erhalten etwa 50% vom Steuerertrag.

## Betrieblicher Ertrag

Bei natürlichen Personen; Steuerfussentwicklung

2016 - 2018	2019 - 2020	2021 - 2022	2023 - 2024
120%	122%	120%	118%

Bei juristischen Personen

Milderung Gewinnsteuertarif ab 2016  
Moderate Steigerung um ca. 0,4 Mio. in 10 Jahren

Bei den Investitionen mit Fremdkapital gibt es CHF 31.2 Mio. Schulden, 2020 wird es doppelt soviel sein. Ab 2021 werden wir nach unserer Prognose genug erwirtschaften, mit dem operativen Ergebnis plus Abschreibungen, um künftige Investitionen ab 2021 selbst zu finanzieren, wenn die nötigen Mehreinnahmen beschlossen werden. Wir werden genug Geld haben, um die Investitionen zu finanzieren und mit dem Schuldenabbau zu beginnen.

## Investitionen mit Fremdkapital

Entwicklung mit Fremdkapital (in Mio.)

Jahr 2014	Jahr 2020	Jahr 2024
31.2	75.2	67.2

- Selbstfinanzierung  
d.h. Finanzierung der Investitionen  
  
Operativem Ergebnis  
+ Abschreibungen  
= Selbstfinanzierung

Ab ca. 2021 können wir Nettoinvestitionen aus eigener Kraft finanzieren, wenn die nötigen Mehreinnahmen beschlossen werden.

Die Erkenntnis ist die, dass das Geld nicht weg, sondern in Infrastruktur angelegt ist. Für mich persönlich ist investieren in Anlagen investieren am richtigen Ort. Schulden machen ist keine Kunst, Schuldenabbau ist Knochenarbeit.

Was nicht enthalten ist, ist die Optimierung der Aufgabenteilung von Kanton und Gemeinden, und auch die Neuordnung der Finanzen zwischen den Gemeinden, die neu geregelt wird, ist hier nicht enthalten, weil diese Dinge im Planungszustand sind. Der Anhörungsbericht ist draussen, das konnte man auch in den Medien lesen. Wir sind dankbar für alle Beiträge, die wir vom Kanton und anderen Gemeinden bekommen können.

## Fraktionsmeinung

Brunner Edwin, SVP: Man merkt es, es weihnachtet sehr, denn was uns hier vorgelegt wurde, ist ein reiner Wunschzettel. Ein Wunschzettel des Gemeinderates, was er gerne alles verwirklichen würde. Auf einem Wunschzettel werden Wünsche aufgelistet, auch völlig überrissene und unerfüllbare. Dieser Finanzplan entspricht unserer Meinung nach nicht der Realität. Es fehlen konkrete Vorschläge, wie all diese Vorhaben umgesetzt werden können. Die einzige klare Aussage ist die, dass ein höherer Steuerfuss durchgesetzt werden soll. Die SVP verweist hier auf den Bericht der FIKO Punkt 7, Fazit. Die SVP bittet Sie, diesen Punkt ganz genau zu lesen, dementsprechend zu handeln und den Gemeinderat zu korrigieren. Ein kurzes Zitat aus dem FIKO-Bericht: *"Ziel muss es sein, die Gemeinde im Einklang mit den zur Verfügung stehenden Mitteln zu entwickeln, damit sich künftige Generationen ebenso an ihr erfreuen können wie die heutige."* Die wichtigste Aussage ist: *"mit den zur Verfügung stehenden Mitteln"*. Unsere Fraktion ist nicht zufrieden mit dem Finanzplan. Das uns vorgelegte Wunschprogramm können wir uns gar nicht leisten. Unnötige Aufgaben und unnötige Legislaturziele müssen von dieser Wunschliste gestrichen werden.

Das Problem der Einnahmeseite wird, mit Ausnahme des Steuerfusses, mit keinem Wort erwähnt. Es fehlen konkrete Vorschläge, wie die angespannte Finanzlage der Gemeinde entschärft werden soll. Obschon wir mit dem Finanzplan überhaupt nicht einverstanden sind, werde ich in der Detailberatung auf zwei Punkte eingehen. Bereits die FIKO hat in ihrem sehr guten und informativen Bericht vermerkt: *"Zusätzliche Investitionen, die keinen essentiellen Beitrag zur Entwicklung der Gemeinde leisten, sind zurückzustellen"*. Das ist eine Schlussfolgerung der FIKO. Wir dürfen uns keine Paläste und Luxusbauten leisten, wir müssen mit den vorhandenen Ressourcen auskommen, dann brauchen wir auch keinen höheren Steuerfuss.

Wille Franz, CVP: Der Finanzplan ist eines der wichtigsten Planungsinstrumente der Gemeinde bzw. des Gemeinderates. Wir müssen zwar nicht darüber beschliessen, aber wir müssen ihm heute Abend unsere volle Aufmerksamkeit schenken, mitdenken und mit-sprechen. Ein weiser Gemeinderat wird die Voten des Einwohnerrates bei der künftigen Planung berücksichtigen.

Im Auftrag der CVP-Fraktion nehme ich zu fünf Punkten Stellung:

### Der Planungszeitraum

Wir haben uns schon oft darüber geärgert, dass uns Finanzpläne erst dann vorgelegt wurden, wenn das erste Jahr der Planung bereits vorüber war. Der Finanzplan 2012-2016 wurde erst im August 2012 erstellt und im Februar 2013 im Einwohnerrat zur Kenntnis genommen. Die Finanzpläne 2013 und 2014 haben das Licht der Welt gar nie erblickt, was aus heutiger Sicht verschmerzbar ist. Dafür haben wir jetzt einen aktuellen Finanzplan mit einem doppelt so langen Planungshorizont. Grundsätzlich ist das zu begrüssen, weil heute bei grösseren Investitionen die Planungs- und Realisierungszeiten länger als fünf Jahre sind. Die CVP-Fraktion gratuliert dem Gemeinderat zum vorliegenden Werk und auch dazu, dass er gewillt ist, mit dem zehnjährigen Finanzplan längerfristig zu denken und zu planen. Ein Wunsch bleibt noch: Idealerweise sollte über den Finanzplan noch vor der Budgetberatung diskutiert werden können, das nächste Mal also im nächsten Sommer.

### Vergleich zum früheren Finanzplan

Der augenfälligste Unterschied ist, nebst dem Zeitrahmen, im Kapitel Tätigkeitsprogramm zu finden. Im letzten Finanzplan war eine 12-seitige Tabelle mit Wirkungszielen, Massnahmen, Indikatoren, Prioritäten, Erfüllungsgrad in Prozent, zuständigem Ressort, Verweis auf Konten und Bemerkungen enthalten. Jetzt haben wir eine arg reduzierte Version mit verschlechterter Darstellung und magersten Informationen, die sich nur darauf beschränken, welches Ressort zuständig ist. Die CVP-Fraktion sieht da, in völliger Übereinstimmung mit der FIKO, Verbesserungspotential im Hinblick auf die nächste Ausgabe.

### Die Aufgabe der FIKO

Zur intensiven Arbeit der FIKO und ihren oft zutreffenden Bemerkungen ist anzumerken, dass es auch bei der Arbeit der FIKO Verbesserungspotential gibt. Ich mache diese Bemerkung nicht zum ersten Mal: Für mich sieht es so aus, als würde die FIKO ihre Arbeit sehr defensiv interpretieren. Gemäss § 47 des Gesetzes über die Einwohnergemeinden und § 47 des Geschäftsreglementes, nimmt die FIKO unter anderem Stellung zum Finanzplan und zum Budget. Aber eine Stellungnahme muss sich nicht einfach auf eine reine Beurteilung einer Vorlage beziehen, auf Ermahnungen, was der Gemeinderat hätte tun sollen. Ich bin der Überzeugung, dass die FIKO beim Finanzplan und beim Budget durchaus auch konkrete Streichungs- oder Änderungsanträge, alternative Vorschläge und eine andere Prioritätensetzung beantragen kann. Andere Gemeinden handhaben das auch so. Das würde zugleich die Glaubwürdigkeit ihrer Argumentation erhöhen.

### Investieren, statt resignieren

Das ist der wesentlichste Inhalt des Finanzplans. Die CVP-Fraktion stellt mit Genugtuung fest, dass sich in Wohlen etwas bewegt. Wohlen schaut wieder mit Mut vorwärts, Wohlen will aus der Resignation ausbrechen, den Stillstand aktiv überwinden und massiv in die Infrastruktur und die Zukunft investieren. Die Zeit der Planung und Prüfung wird durch eine Zeit der Entscheidung, Umsetzung und Tat abgelöst. Der spürbare Optimismus wird von der CVP-Fraktion ausdrücklich unterstützt.

Von uns gibt es ein Ja zu den folgenden Vorhaben: Das Zentrum durch eine attraktive Zentralstrasse und eine attraktive Nutzung des Isler-Areals stärken, den öffentlichen Verkehr stärken durch eine Umnutzung des Bahnhofareals, die Gesamtsanierung der Wohler Schulanlage mit dem Neubau der Bezirksschulanlage, die Sanierung der Eisbahn und Badi. Diese und andere bedeutende Vorhaben sind durchwegs eine Kombination von echten Investitionen und längst notwendigem Unterhalt. Mit diesen Investitionen kann Wohlen die Bedeutung als Zentrumsgemeinde, als Regionalstadt gemäss kantonaler Planung, stärken und ausbauen. Ein Verzicht auf Investitionen würde Rückfall und Verfall bedeuten. Ich gehöre zumindest gefühlt noch zur jungen Generation, die vorausschauen und nicht rückwärtsgerichtet politisieren will. „Gouverner, c'est prévoir“. Vorausblicken nützt aber nur dann etwas, wenn wir in der Gegenwart anfangen zu handeln. Dazu bietet der Finanzplan eine grosse Chance, nutzen wir sie.

### Die finanziellen Konsequenzen

Investitionen und Unterhalt kosten Geld, viel Geld. Die gewaltige Investitionssumme von rund CHF 100 Millionen kann Wohlen, unter den heutigen Voraussetzungen, nicht ohne Hilfe stemmen. Im Planungszeitraum können die strukturellen Defizite unserer Gemeinde, die verschiedentlich angeführt wurden, kaum spürbar geändert werden. Wir haben auf unabsehbare Zeit mit unterdurchschnittlichem Pro-Kopf-Einkommen und überdurchschnittlichen Belastungen zu leben. Das ist das Schicksal einer zentralen Industriegemeinde, mit dem typischen Bevölkerungsmix, die den wirtschaftlichen Übergang in die moderne Zeit noch nicht ganz geschafft hat. Wir alle, nicht nur der Gemeinderat, müssen versuchen, die strukturellen Defizite allmählich zu verbessern, nicht zuletzt durch Investitionen.

Es ist aber ein Generationenwerk. Der Gemeinderat müsste sich dafür auch ein Instrumentarium zulegen, beispielsweise einen Think Tank aus verschiedenen Kreisen.

Wohlen ist nicht alleine in dieser ungerechten und nicht selbst verursachten Situation. Mit vorsichtiger Freude haben wir gelesen, was im Finanzplan auf Seite 3 bereits angekündigt wurde, dass die Regierung des Kantons Aargau, mit Unterstützung der Gemeindevertretungen, Anstregungen für eine Neugestaltung des Aufgaben- und Finanzausgleichs unternimmt, was für Wohlen spürbare Änderungen und Verbesserungen bringen könnte. Richtigerweise rechnen wir aber im Finanzplan noch nicht damit, darauf hoffen können wir aber. Wir werden als Preis für dieses Investitionsprogramm die Kröte der Steuerfusserhöhung schlucken müssen. Die CVP-Fraktion hat immer betont, dass sie gewillt ist Hand dazu zu bieten, wenn die Grossprojekte tatsächlich realisiert werden. In diesem Sinne ist der Finanzplan für uns erklärbar und logisch, aber wir bitten den Gemeinderat, in der rollenden Nachführung in den nächsten Jahren Massnahmen zu treffen, um mindestens den zweiten Steuerfussanstieg auf 122% für 2019/20 zu vermeiden. Einzelne Investitionen können vielleicht gestreckt und andere Einnahmen vielleicht verbessert werden. Gegen Ende des Jahrzehnts sollte man noch einmal prüfen, ob man die zusätzlichen zwei Steuerprozentente statt in der Brieftasche, im Grüngutcontainer suchen sollte.

Unsere Fraktion dankt allen Beteiligten für die gute, gründliche und seriöse Arbeit. Wir werden den Finanzplan 2015-2024 mit einer positiven, unterstützenden Haltung zur Kenntnis nehmen. Der Schlusssatz gilt für alle: Nur gemeinsam bringen wir Wohlen voran.

Meier Cyrille, SP: Alle haben gespannt auf die Kennzahlen des Finanzplans 2015-2024 gewartet. Das chronische Verschieben von Sanierungen hat jetzt zu einem Investitionsstau von CHF 99.2 Mio. geführt, was unsere Finanzen arg beanspruchen wird. Eine Steuerfusserhöhung ist unumgänglich, damit die Verschuldung nicht allzu hoch ansteigt. Den kantonalen Finanzausgleich kann man erst nach dem Monat März langsam einberechnen, denn der Grosse Rat hat zum Finanzausgleich auch noch etwas zu sagen. Für uns ist der Investitionsplan transparent gestaltet. Er zeigt deutlich auf, dass wir hauptsächlich in Schulraum und Hochwasserschutz investieren müssen. Aber auch in Freizeitanlagen wie die Badi und die Eisbahn muss investiert werden, wenn wir unsere Standortattraktivität auf gleichem Niveau halten wollen. Unsere Gemeinde muss Prioritäten setzen und die wichtigsten Ziele in Angriff nehmen. Da kann beispielsweise die Sanierung der Nutzenbachstrasse noch etwas warten.

Vielleicht kann man der FIKO entgegenkommen und beim Tätigkeitsprogramm die Legislaturziele detaillierter an die FIKO abgeben. Wir sehen die FIKO als Instanz, die Rechnungen und Zahlen überprüft. Aber alles nur schlecht zu reden und keinen Lösungsansatz aufzuzeigen, ist wirklich sehr einfach. Selbst Ideen einzubringen oder auch einmal einen Streichungsvorschlag zu machen, überschreitet momentan wohl die Kompetenz der FIKO. Sie kritisiert den Gemeinderat dafür, dass keine Massnahmen für die Verbesserung der Finanzmittel getroffen wurden. Doch mancherorts ist diese Kritik nicht ganz legitim. Die Hoffnung auf die Ansiedlung qualifizierter Arbeitsplätze hat uns beispielsweise mit hoher Wahrscheinlichkeit der Grosse Rat zunichte gemacht, weil er der Einzonung nicht zugestimmt hat. Oder auch das Referendum betreffend dem Isler-Areal stellt sich quer zur Planung. Die Schaffung von hochwertigem Wohnraum ist mit der Erschliessung des Rebbergs aufgegleist worden. Unsere Fraktion bedankt sich für die Ausarbeitung des Finanzplans und nimmt ihn zur Kenntnis.

Sax Simon, GLP: Wir danken der Verwaltung für die Ausarbeitung des Finanzplans 2015-2024 und der FIKO für ihren Bericht. Beginnen wir mit den positiven Aspekten: Endlich liegt wieder einmal rechtzeitig ein Finanzplan vor. Auch ist jetzt eine Gesamtsicht über zehn Ja-

hre da, das ist deutlich länger als die geforderte Mindestanzahl von vier Jahren. Es ist positiv, dass die Fakten bekannt sind und alle Investitionen auf dem Tisch liegen.

Für uns ist es logisch, dass mit zunehmender Planungsdauer die Genauigkeit abnehmen muss, eine Richtung ist trotzdem deutlich sichtbar. Wir erhalten jetzt die Quittung für die minimalen und ungenügenden Investitionen der letzten Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte. Man kann durchaus von einem Investitionsstau sprechen. Auch die ungenügende Selbstfinanzierung wird deutlich aufgezeigt.

Wir sind mit den grundsätzlichen Aussagen des Finanzplans einverstanden. Im Zeitraum des Finanzplans 2015-2024 müssen viele Investitionen getätigt und nachgeholt werden. Damit nicht der gesamte Betrag als Kredit aufgenommen werden muss, sind wir für eine einigermaßen akzeptable Selbstfinanzierung auf Steuerfusserhöhungen angewiesen. Auch wenn die Zahlen des Finanzplans nachdenklich stimmen mögen, erachten wir den Plan als gutes und stimmiges Werk. Schlussendlich kann der Überbringer der schlechten Nachricht nichts für die schlechte Nachricht an sich. Der Einwohnerrat wird zu allen vorgeesehenen Positionen zu gegebener Zeit Stellung nehmen und Prioritäten setzen können. In diesem Sinn nehmen wir den Finanzplan 2015-2024 wohlwollend zur Kenntnis.

Geissmann Thomas, FDP: Uns stehen Investitionen in einer Grössenordnung bevor, die unsere Gemeinde so nie gekannt hat. Wie immer wenn viel gemacht werden muss, lohnt es sich Pläne zusammenzustellen und sie in geeigneter Form darzustellen. Im aktuellen Aufgaben- und Finanzplan 2015-2024 präsentiert uns der Gemeinderat die finanzielle Zukunft Wohlens der nächsten zehn Jahre. Unsere Fraktion hat sich eingehend mit diesem Werk befasst. Der Finanzplan ist vollständig, verständlich und inhaltlich korrekt. Trotzdem haben wir drei Bemerkungen:

Es ist verwirrend, dass Veräusserungen von Finanzvermögen nicht im Investitionsplan aufgeführt sind. So erscheint der Kauf des Fisher Scientific Gebäudes als Investition, der Verkauf des Isler-Areals aber fehlt in der Liste. Das eine führt zu Mittelabfluss, das andere zu Mittelzufluss. Damit der Investitionsplan richtig interpretiert werden kann, müssen aus unserer Sicht aber Investitionen und Desinvestitionen in einer Tabelle aufgeführt werden. In der aktuellen Form erscheinen Veräusserungen von Finanzvermögen in der Plan-Erfolgsrechnung als Gewinn.

Das Total des Investitionsplans zeigt nicht, wie anzunehmen ist, die Summe aller Investitionen der nächsten zehn Jahre. Das Gesamttotal ist als Summe aller Investitionen zu verstehen, die bereits laufen oder innerhalb der nächsten zehn Jahre gestartet werden. Somit sind Kosten der Vergangenheit und der Zukunft, die über den Zeitrahmen der zehn Jahre hinausgehen, enthalten. Das führt zu Missverständnissen und falschen Aussagen.

Der Sinn der Darstellung von Investitionsprojekten innerhalb eines Tätigkeitsprogramms hat sich uns nicht erschlossen. Eine Liste oder Grafik ist nur dann sinnvoll, wenn sie vernünftige Aussagen zulässt. Was bezweckt der Gemeinderat mit dieser Tabelle? Sollen einzelne Tätigkeiten im Tätigkeitsprogramm künftig priorisiert werden? Oder bekommen einzelne Verwaltungsabteilungen mehr Gewicht?

Wohlen steht nicht alleine da, es gibt wahrscheinlich keine Gemeinde im Kanton Aargau, der in naher Zukunft nicht auch grössere Investitionen bevorstehen. Die Gemeinderäte von Villmergen und Muri haben deshalb jetzt schon höhere Steuerfüsse angekündigt. Unser Gemeinderat zieht jetzt nach, das ist alles kein Problem, wir sind in guter Gesellschaft. Ganz so einfach ist die Sache allerdings nicht, wir müssen uns kritischen und auch unangenehmen Fragen stellen. Wieso gehört Wohlen zu dem Drittel der aargauischen Gemeinden mit dem höchsten Steuerfuss? Wieso haben es andere Gemeinden in nächster Umgebung,

mit ähnlichen Herausforderungen wie tiefer Steuerkraft und steigenden Sozialkosten, geschafft, den Steuerfuss in den letzten Jahrzehnten zu senken oder mindestens auf der gleichen Höhe zu belassen? Wieso konnten in den letzten Jahren trotz Investitionsstopp keine vernünftigen Cash-flows erwirtschaftet werden? Ist es richtig, dass künftige Generationen für dieses Versäumnis bluten werden müssen?

Der aufmerksame Medienkonsument hat es letzte Woche erfahren: Auf kantonaler Ebene wird ein neuer Finanzausgleich angestrebt. Er soll finanz- und strukturschwache Gemeinden in Zukunft stärker entlasten. Bevor wir aber in Jubelgeschrei ausbrechen sollten wir uns überlegen, ob es tatsächlich eine Auszeichnung ist, zu den Gemeinden zu gehören die nicht auf eigenen Beinen stehen und von anderen Kommunen unterstützt werden müssen. Nichtsdestotrotz unterstützen wir das Anliegen des Finanzausgleichs. Er kommt in dem Sinne goldrichtig und zum bestmöglichen Zeitpunkt. Wir sind aber der Meinung, dass die zusätzlichen Einnahmen, nach jetzigem Planungsstand reden wir von jährlich CHF 2.7 Mio., dazu genutzt werden sollen, dass der Steuerfuss nicht in exorbitante Höhen schnell. Wohlen muss mit den vorhandenen Mitteln auskommen und darf keine zusätzlichen Aufgaben übernehmen. Wohlen soll das Notwendige tun, das rein Wünschbare aber lassen. Wohlen hat Investitionen auf das Zweckmässige zu reduzieren. „Masshalten und wachsen“ sollte unser Credo für die nächsten zehn Jahre sein.

Wir danken dem Gemeinderat für den ausführlichen Aufgaben- und Finanzplan 2015-2024. Uns ist bewusst, dass in diesem Werk viel Arbeit steckt, umso mehr sollten die Zahlen unbedingt in einer rollenden Planung nachgeführt und zusammen mit dem Budget jährlich präsentiert werden. Wir freuen uns, wenn unsere Anregungen Gehör finden.

Küng Magdalena, Grüne: Ich bin Franz Wille dankbar für seine Ausführungen zur Interpretation der Aufgaben der FIKO. Wir konnten dem Bericht der FIKO auch sehr wenig Konstruktives entnehmen, er ist nur eine sehr negative Abhandlung über den sehr guten und umfassenden Bericht des Gemeinderates. Wir finden den Finanzplan sehr nachvollziehbar, transparent und selbsterklärend. Man kann auch die Entwicklung des Steuerfusses nachvollziehen. Es ist ein übersichtlicher und logisch aufgebauter Plan, eine hervorragende Grundlage und grosse Chance für uns Einwohnerräte/innen, um nachher zu einzelnen Punkten etwas zu sagen. Wir sollten nicht immer nur über den Steuerfuss reden. Im Namen unserer Fraktion danke ich allen Beteiligten für den Bericht.

## Einzelvoten

Hoffmann Thomas, CVP: Ich halte fest, dass ich dieses Votum als Einwohnerrat und nicht als Präsident der FIKO halte. Die FIKO hat in ihrem Bericht zwanzig Jahre in die Vergangenheit geschaut. Seit zwanzig Jahren jammert der Gemeinderat darüber, dass die Steuerkraft unterdurchschnittlich ist. Seit zwanzig Jahren reklamiert die FIKO in ihren Berichten, dass die Leistungsfähigkeit der Gemeinde zu schwach ist. Manchmal in einem braveren, jetzt eher in einem etwas härteren Ton, alles wiederholt sich Jahr für Jahr, doch verändert wurde nichts.

Jetzt wird gesagt, dass die FIKO konstruktive Vorschläge bringen soll. Es wird auch gesagt, dass die Steigerung der Steuerkraft eine langfristige Angelegenheit ist, die mindestens zwanzig Jahre dauern wird. Ich erkenne auch in diesem Finanzplan keine Massnahme in diese Richtung. Die Meinung, dass alleine mit Investitionen die Steuerkraft und Leistungsfähigkeit erhöht werden kann, ist naiv. „*Es braucht begleitende Standortförderungsmassnahmen bei Unternehmen mit qualifizierten Arbeitsplätzen und beim einkommensstarken Mittelstand*“, das ist ein Zitat aus dem FIKO-Bericht auf Seite 4. Diese begleitenden Massnahmen gehören, nebst den Investitionen, ebenso in den Aufgaben- und Finanzplan. Diese

Aktivitäten müssen im Tätigkeitsprogramm aufgeführt und einer verantwortlichen Person zugeteilt werden. Es müssen Unternehmen mit Arbeitsplätzen nach Wohlen geholt werden. Die brachliegenden Liegenschaften im Finanzvermögen müssen endlich veräussert werden, nicht an den Meistbietenden, sondern an denjenigen, der Wohlen am meisten bietet. Wenn eine Unternehmung in Wohlen viele neue qualifizierte Arbeitsplätze schafft, wäre ich persönlich sogar bereit, das Merkur-Areal zum Einstandspreis oder noch tiefer zu verkaufen. Ich muss Ihnen nicht erklären, was diese Massnahme Wohlen bringt. Sie bringt sicher mehr als ein paar Millionen einmaliger Buchgewinn. Was passieren kann wenn man Grundstücke an den Meistbietenden verkauft sehen wir am Paul Walser-Areal. Der Verkauf hat zwar einen schönen Buchgewinn gebracht, aber heute ist die Wertschöpfung null.

Damit sich der einkommensstarke Mittelstand in Wohlen niederlässt, braucht es nicht nur Schulen, sondern auch Tagesstrukturen und ein flexibles Kinderbetreuungsangebot. Es braucht nicht nur einen Busbahnhof, sondern gute Verkehrsanbindungen im öffentlichen und im Individualverkehr. Es braucht nicht nur eine schön gestaltete Zentralstrasse, sondern attraktive Einkaufsangebote. Man kann in der Region eine Menge Beispiele sehen wie sich der Ladenmix verändert wenn eine Gemeinde verkehrseinschränkende Massnahmen ergreift. Nicht immer wird eine verkehrseingeschränkte Einkaufsmeile für Läden attraktiver.

Die Gemeinden müssen zusammenarbeiten und gemeinsam Synergien nutzen, deshalb können Fusionsverhandlungen mit Villmergen aufgenommen werden. Die Meinung in der Verwaltung, dass eine kleine Gemeinde auf eine grosse Gemeinde zukommen muss, ist aus meiner Sicht falsch. Es können nämlich auch zwei clevere und zukunftsorientierte Gemeindebehörden aufeinander zugehen. Wer hätte vor zehn Jahren gedacht, dass Hilfikon und Villmergen, oder Hermetschwil und Bremgarten, fusionieren würden?

Als Einwohnerrat bin ich gerne dazu bereit in einer „Think Tank“ Kommission mitzuarbeiten. Das Ziel eines solchen Gremiums muss sein, den Gemeinderat mit Ideen zu beliefern und zu unterstützen. Die Steuerkraft in Wohlen muss steigen, nur so kann Wohlen die Aufgaben die sie als Zentrumsgemeinde hat, auch in Zukunft weiterhin wahrnehmen. Ich bin mir aber auch bewusst, dass es gerade jetzt, mit der Vorstellung des neuen Lasten- und Finanzausgleichs, einfacher ist, sich zurückzulehnen und an der Infusionsflasche von Aarau zu hängen.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Es wurde eben einiges gesagt. Ich bin väterlicherseits Wohler, mütterlicherseits Villmerger, die Gedanken über einen Zusammenschluss hat man sich schon vor langer Zeit gemacht. Sie müssen aber die Realität anschauen, wenn man die bauliche Entwicklung der letzten Jahre in Villmergen und Wohlen vergleicht, hat sich Wohlen besser entwickelt. Villmergen hat 6'800 Einwohner und baut ein Schulhaus für CHF 23.5 Mio., die Gemeinde steht vor grossen Herausforderungen. In dieser Situation können Villmergen und Wohlen keine starke Partnerschaft bilden. Die Villmerger möchten dies wahrscheinlich auch nicht, sie haben ihr eigenes Leben. Das konnte man auch sehen als es darum ging, sich an der Turnhalle zu beteiligen. Plötzlich hielt eine eigengenartige Dynamik Einzug. Wir haben ehemalige Villmerger Gemeinderräte hier, die allenfalls noch korrigierend einwirken können.

Es klingt gut, wenn Thomas Hoffmann sagt, wir sollen Gewerbeland anbieten. Wir haben uns dafür eingesetzt, im Richtplan war an bester Lage Land dafür vorgesehen. Die Haupt-eigentümerin dieses Landes ist die Ortsbürgergemeinde, diese hätte verkauft, was wiederum eine Möglichkeit gewesen wäre, zugunsten der Einwohnergemeinde zu wirken. Alles was eine Ortsbürgergemeinde tut, kommt der ganzen Gemeinde zugute. Wenn man vom Paul Walser-Areal spricht ist nichts einfacher, als das Zeitrad zurückzudrehen und die Geschichte neu zu interpretieren. Der Verkauf des Paul Walser-Areals war ein bewusster und guter Entscheid, mit diesem Verkauf konnte der Bau der Sportanlage Niedermatten finan-

ziert werden. Es ist eine gute Leistung, wenn eine Gemeinde eine Sportanlage mit CHF 19.3 Mio., davon CHF 12 Mio. von Dritten, bauen kann. Wir haben dieses Land mit CHF 5 Mio. bewertet, schlussendlich konnte es für CHF 6.3 Mio. verkauft werden. Es ist in der Tat so, dass der Lidl dort keine Augenweide ist, allerdings ist es einer der bestlaufendsten Lidl der Schweiz, womit er offenbar ein bestehendes Bedürfnis abdeckt.

Wir haben hier schon intensive Diskussionen darüber geführt, das Anbieten von Kinderbetreuung kostet die Gemeinde nur Geld, man kann da nicht von Investitionen sprechen.

Bezüglich der Neuordnung des Finanzausgleichs muss man nicht von Infusion reden. Ich habe Thomas Hoffmann eingeladen dabei zu sein, wenn Regierungsrat Hofmann über dieses Thema sprechen wird. Der Bericht über den Finanzausgleich ist 100 Seiten stark, ich selbst war, als Vertreter der Gemeindeamänner, in einer Arbeitsgruppe zu diesem Thema. Die Analyse des Zahlenmaterials wurde sehr detailliert vorgenommen. Wir zahlen beispielsweise CHF 2 Mio. an den öffentlichen Verkehr, und niemand kann erklären, wie dieser Beitrag berechnet und festgelegt wurde. Es ist eine sehr gute Idee, gewisse Sachen zu kantonalisieren. Es wird eine Anhörung stattfinden, und wir werden das Geschehen aufmerksam verfolgen und mitwirken. Es gibt eine Ungerechtigkeit, die behoben werden soll. Der Sinn der Neuordnung des Finanzausgleichs ist, dass eine Kostenwahrheit erreicht werden soll und ich bitte Sie alle darum mitzuwirken.

## Detailberatung

### Seite 4, 1.7 Schlussfolgerung

Brunner Edwin, SVP: Der springende Punkt für die SVP ist die Steuerfusserhöhung. Ab 2016 rechnet unser Gemeinderat mit einem Steuereffuss von 120%. Nur schon wegen dieser Aussage möchten wir eigentlich den Finanzplan nicht zur Kenntnis nehmen. Wir nehmen ihn aber mit einer gelben Karte zur Kenntnis. Es ist immerhin eine klare und mutige Aussage des Gemeinderates, dass er uns Steuererhöhungen in Aussicht stellt. Die SVP wird vehement gegen diese Steuerfusserhöhungen ankämpfen, das Volk blutet schon genug und wird einer Steuerfusserhöhung nie und nimmer zustimmen. Wie können wir das bereits vorgesehene Auspressen des Volkes verhindern? Wir können es verhindern indem wir Neuinvestitionen durch Renovationen ersetzen, ein Beispiel dafür ist die Abdankungshalle. Dort sind vom Volk rund CHF 3 Millionen eingespart worden, gegen den Willen von Gemeinde- und Einwohnerrat. Die Sanierung des bestehenden Gebäudes wurde bewilligt und es entstand eine wunderschöne Anlage.

### Seite 14, Übersicht Aufgaben- und Finanzplanung 2014 – 2024 Veränderungen Anlage Finanzvermögen

Lütolf Harry, CVP: Hier ist eine Position von minus CHF 3.586 Mio. aufgeführt. Dabei handelt es sich wahrscheinlich um das Merkur-Areal. Wenn der Gemeinderat beabsichtigt, dieses Land zu verkaufen, müsste ein Bericht und Antrag an den Einwohnerrat erfolgen. Sollte dies der Fall sein, möchte ich bereits meine Opposition dagegen ankündigen.

### Seite 22, Abfallbewirtschaftung

Brunner Edwin, SVP: Bei diesem Punkt sind wir uns überhaupt nicht mit Franz Wille einig. Uns fehlt auf dieser Seite eine klare Schlussfolgerung und Erklärung des Gemeinderates, dass er den Volkswillen endlich akzeptiert.

*Der Einwohnerrat nimmt den Finanzplan 2015 – 2024 (13028) zur Kenntnis.*

---

Hoffmann Thomas, Präsident FIKO: Sie haben die Stellungnahme und Empfehlung der FIKO zum Nachtragskredit schriftlich erhalten. Es ist mir wichtig zu erwähnen, dass, nur weil die FIKO die Ablehnung des Nachtragskredites empfiehlt, kein Schluss gezogen werden kann für die kommenden Planungskredite und Kostenbeteiligung der Einwohnergemeinde an der Eishalle. Gemäss Budget trägt die Gemeinde die Personalkosten für den Betrieb der Eisbahn, die Genossenschaft bestreitet den Unterhalt. Sämtliche Erträge aus dem Betrieb gehen an die Genossenschaft Eisbahn. Gemäss unserem Kenntnisstand gibt es darüber jedoch keine schriftlichen Vereinbarungen. Eine freiwillige Zahlung an die Betreiberin der Eisbahn ist angesichts der angespannten Finanzlage der Gemeinde und den kommenden Investitionen nicht angebracht. Die FIKO empfiehlt Ihnen deshalb, den Nachtragskredit abzulehnen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Der Gemeinderat bittet Sie, dem Bericht und Antrag zuzustimmen. Die FIKO sagt zu Recht, dass keine rechtliche Verpflichtung besteht. Allerdings gibt es eine moralische Verpflichtung. Der Gemeinderat ist der Meinung, dass er dem Begehren der Genossenschaft Eisbahn Rechnung zu tragen hat, weil wir ein Interesse daran haben, der Bevölkerung auf Saisonbeginn eine gut funktionierende Eisanlage zur Verfügung stellen zu können. Die Genossenschaft erbringt der Öffentlichkeit mit dem Betrieb dieser Anlage eine grosse Dienstleistung. Aus diesem Grund haben wir beschlossen, dass wir gerne eine Kostenbeteiligung von CHF 20'000.00 für die Sanierung leisten möchten. Es ist übrigens nicht das erste Mal, dass die Gemeinde das tut. Die Gemeinde hat sich in Abständen immer wieder an Sanierungen beteiligt und wir wollen an dieser Praxis festhalten.

### Fraktionsmeinungen

Burkard Thomas, Grüne: Wir sagen einstimmig Ja zum Nachtragskredit. Natürlich ist die Gemeinde nicht dazu verpflichtet, diese Kostenbeteiligung zu sprechen. Wir erachten es aber als Zeichen guten Willens und als Akt der Fairness gegenüber der langjährigen Partnerin Genossenschaft Eisbahn, die Hälfte des Betrages zur Sicherstellung des Betriebes zu leisten. Die Kunsteisbahn Wohlen ist an einem Wendepunkt angelangt und es braucht jetzt ein klares Bekenntnis zu dieser Anlage. Sollte die Genossenschaft Eisbahn die Kosten der unumgänglichen Revisions- und Erneuerungsarbeiten komplett alleine stemmen müssen, wird ihr dieses Geld bei der Finanzierung der neuen Anlage fehlen. Das wollen wir nicht, deshalb sagen wir jetzt Ja und setzen damit ein Zeichen für die Zukunft dieser Anlage.

Geissmann Armin, FDP: Wir haben für dieses Anliegen vollstes Verständnis. Die Reparaturen erlauben keinen Aufschub und müssen durchgeführt werden. Es ist fragwürdig wenn der Kanton sagt, dass wir eine Ausnahmegewilligung für den Betrieb der Anlage haben. Er drückt nur deshalb ein Auge zu weil die neue Eishalle geplant ist. Die Gemeinde Wohlen macht Vorfinanzierungen für dieses neue Projekt und die FDP unterstützt dieses Anliegen. Aus wirtschaftlichen Gründen können wir die CHF 20'000.00 aber nicht bewilligen. Wir müssen aus Vernunftgründen Nein sagen. Unsere Fraktion ist grossmehrheitlich gegen den Nachtragskredit.

Isler Roger, CVP: Wir sind grossmehrheitlich dafür, dass die Gemeinde den besagten Betrag spricht. Wir sehen die Bemühungen der Genossenschaft Eisbahn, die Anlage in Betrieb zu halten. Mit der Gefahr, dass bei einem Leck in der Anlage, wir in Wohlen ein Problem hätten. Im schlimmsten Fall könnte es sogar zu Gesundheitsschäden kommen. Wir hoffen, dass wir bald eine neue Anlage erstellen können. Wenn dieses Projekt finanzierbar ist, sind wir dafür. Bis zu diesem Zeitpunkt muss die bestehende Anlage noch in Betrieb bleiben.

Manimanakis Corinne, SP: Die FIKO hat Recht, es handelt sich tatsächlich um eine freiwillige Zahlung. Wenigstens anerkennt die FIKO die Arbeit der Genossenschaft Eisbahn und bedauert den desolaten Zustand der Eisbahn. Zum desolaten Zustand haben wir mit unserer Sparpolitik beigetragen. Jahr für Jahr wird aus dem Budget rausgestrichen was nur möglich ist, deshalb läuft unsere Eisbahn auf dem letzten Zacken. Unsere Fraktion ist klar der Meinung, dass es jetzt an der Zeit ist Goodwill zu zeigen, denn eine breite Bevölkerungsschicht von jung bis alt nutzt dieses Angebot in der kalten Winterzeit. Die Genossenschaft gibt ihr Bestes damit der Betrieb reibungslos läuft. Neuerdings sind bei der Eisbahn auch noch Parkuhren in Betrieb, jeder der die Plätze benutzt bezahlt auch etwas in die Gemeindekasse. Ich weiss nicht ob die Haltung, dass es einem nichts angeht, bei allen Leuten gut ankommt. Unsere Fraktion wird den Nachtragskredit über CHF 20'000.00 einstimmig gutheissen.

Brunner Edwin, SVP: Bei der SVP schlagen bei diesem Geschäft zwei Herzen in der Brust, eines pro Sport, das andere für die Finanzen. Wir stehen aber grossmehrheitlich hinter dem Vorschlag der FIKO. Wir leisten bereits einen grossen Beitrag mit der Übernahme der Personalkosten. Der schlechte Zustand der Anlage ist nicht erst seit gestern bekannt, die Genossenschaft Eisbahn hätte Sponsoren suchen können, um die CHF 20'000.00 aufzutreiben. Das wäre machbar gewesen und ist es noch. Wir sind gegen den Nachtragskredit.

Lehmann Sandra, GPL/EVP: Die Eisbahn Wohlen ist eine von fünf Anlagen im Kanton Aargau. Sie strahlt über die Gemeindegrenze hinaus, und alle Entscheide zur Eisbahn werden in der Region oder sogar im ganzen Kanton wahrgenommen. Die Anlage ist in einem schlechten Zustand, um die Finanzen der Gemeinde Wohlen steht es auch nicht zum besten. Aber eine Investition in die Eisbahn ist auch eine Investition in die Standortattraktivität Wohlens. Die Anlage zu haben ist nicht nur Last, sondern auch Freude. Die Kälteanlage muss dringend revidiert werden, damit ein sicherer Betrieb bis zur Gesamterneuerung gewährleistet werden kann. Dank der Revision können wir in diesem und auch im nächsten Winter Schlittschuhlaufen gehen, bis ein Entscheid zur Gesamterneuerung gefällt wird. Unsere Fraktion steht hinter der Kunsteisbahn Wohlen und ist der Meinung, dass sich die Gemeinde an den dringend notwendigen Unterhaltskosten beteiligen soll. Unsere Fraktion stimmt dem beantragten Nachtragskredit zu.

## Einzelvoten

Tanner Peter, SVP: Wenn der Steuerzahler Nein sagt zu einer Steuerfusserhöhung habe ich vollstes Verständnis dafür. Wenn man bei den Kosten nicht bei jeder Gelegenheit Nein sagt, kumulieren sich die Ausgaben endlos. Der Steuerzahler weiss, dass nie Besserung in Sicht ist. Ich frage mich, ob es nicht möglich wäre mit einem zinsfreien Darlehen der Gemeinde diese CHF 20'000.00 vorzuschüssen. Das wäre ein Entgegenkommen unsererseits. Der ganze Finanzplan hängt an der Steuerfusserhöhung um 7%. Wir fragen uns, ob der Gemeinderat einen Plan B hat. Darüber wurde nicht gesprochen.

Kuhn Urs, Gemeinderat: Peter Tanner, es geht hier um CHF 20'000.00. Ich bin der Meinung, dass wir die finanzpolitische Debatte über den Finanzplan nicht auf dem Rücken der Genossenschaft Eisbahn austragen sollten. Es können keine wirtschaftlichen Gründe gegen diesen Betrag sprechen. Dieser Betrag hat einen grossen Gegenwert, denn er sichert uns für dieses und nächstes Jahr einen reibungslosen Eisbahnbetrieb.

Hufschmid Hans, CVP: Ich stimme ohne wenn und aber zu. Es mutet sonderbar an, diesen Antrag mit fadenscheinigen Argumenten bodigen zu wollen. Es ist doch legitim für dringend notwendige, unumgängliche Revisionsarbeiten einen Kredit zu verlangen. Wohlen

hat weit grössere Aufgaben und Probleme zu bewältigen als sich um einen frankemässig kleinen Posten von CHF 20'000.00 zu kümmern. Verlangt der Gemeinderat einen Nachtragskredit ist es nicht recht, verlangt er keinen ist es auch wieder nicht recht. Der Gemeinderat kann tun was er will, alles wird negiert. Wir Mitglieder des Einwohnerrates wurden vom Volk gewählt um konstruktive Sachpolitik zu betreiben und Wohlen weiter zu bringen. Verhinderungspolitik ist hier fehl am Platz. Ich stehe voll und ganz hinter meinem Votum und bitte den Einwohnerrat, dem Nachtragskredit zuzustimmen. Wohlen hat eine positive Politik dringend notwendig, zeigen wir unseren jungen und sportbegeisterten Mitmenschen, dass wir ein Dorfparlament sind, das Vertrauen geniessen, seine Aufgaben wahrnehmen kann und nicht mit Verhinderungspolitik von sich reden macht.

Lütolf Harry, CVP: Wir kennen das Phänomen, die Meinungen sind meist schon gemacht, wenn man hier reinkommt. Vielleicht gelingt es mir mit meinem Votum, die eine oder andere Nein-Stimme ins Ja-Lager herüberzubringen. Ich habe Freude an rechtlichen Fragen und habe mir in dieser Angelegenheit die Frage der Haftung gestellt. Mir waren lange die Eigentumsverhältnisse nicht klar, heute habe ich vom Gemeinderat die Information erhalten, dass die Anlage im Eigentum der Genossenschaft, der Grund und Boden im Eigentum der Einwohnergemeinde steht. Damit ist auch klar, dass unter Umständen eine Grundeigentümerhaftung einspringen könnte wenn die Anlage kaputtgehen und Anwohner Schaden nehmen würden, beispielsweise durch den Austritt giftiger Stoffe. Die Gemeinde Wohlen wäre plötzlich haftbar. Wir stehen in der Pflicht, diese Anlage zu unterhalten, die CHF 20'000.00 sind gut investiertes Geld, es handelt sich um nichts anderes als einen Versicherungsbeitrag. Wenn wir nichts tun stehen uns unter Umständen wesentlich höhere Schadensersatzforderungen ins Haus. Bitte stimmen Sie dem Nachtragskredit zu.

Stäger Urs, SVP: Es sind weder fadenscheinige Argumente noch betreiben wir eine Verhinderungspolitik. Es ist eine Kälteanlage und es würden keine wahnsinnigen Schäden entstehen, sollte eine Leitung kaputt gehen. Wir haben vorhin über den Finanzplan gesprochen, wir müssen jeden möglichen Franken sparen. Es gibt allerdings auch noch eine vermögende Ortsbürgerpartei. Der Genossenschaft Eisbahn ist es unbenommen, ihr Gesuch dort zu stellen.

Tanner Peter, SVP: Ich nehme es Urs Kuhn übel, dass er einem Einwohnerrat über den Mund fährt, wenn dieser seine Argumente vorbringt. In seinem ersten Votum hat Urs Kuhn gesagt, dass wir keine Verpflichtung haben den Kredit zu sprechen. Ich kann es verstehen wenn das Volk eine Steuerfusserhöhung ablehnt. Ich finde es sogar eine Frechheit der Genossenschaft Eisbahn die Anlage zu betreiben, wenn der Betrieb nicht sicher oder gar gefährlich ist. Ich frage mich, weshalb hat sie nicht früher darauf aufmerksam gemacht und um ein zinsloses Darlehen gefragt. Was ist der Grund dafür bis zum letzten Moment zu warten? Denkt die Genossenschaft Eisbahn auch einmal an den Steuerzahler? Wir haben nichts gegen Sport, aber hier wird auf die Tränendüse gedrückt und gesagt es seien nur CHF 20'000.00 und wir müssten zustimmen. Nein, das müssen wir eben nicht. Hier gibt es einen konkreten Sparvorschlag, und ich fordere Sie dazu auf, Nein zu stimmen.

Gallati Jean-Pierre, SVP: Ich möchte meinem Einwohnerratskollegen Harry Lütolf den freundschaftlichen Rat erteilen, dass er ins Büro seines Vaters geht und dort das Zivilgesetzbuch, Teil Sachrecht, durchliest oder einen Standartanfängerkommentar.

Dubler Walter, Gemeindeammann: Wir können der Genossenschaft für ihre Arbeit dankbar sein. Sie nimmt ihre Verantwortung wahr und unterhält die Anlage so gut wie es geht. Sie fragt höflich an, ob die Gemeinde sich an den nötigen Instandhaltungsarbeiten beteiligt. Es geht hier um eine Überbrückung, und das Geld, dass die Genossenschaft jetzt nicht ausgeben muss, steht ihr zu einem späteren Zeitpunkt für die neue Anlage zur Verfügung.

Steiner Annalise, SVP: Hätte man früher kleiner geplant, hätte man jetzt Geld für die Kälteanlage zur Verfügung.

## **Abstimmung**

Dem gemeinderätlichen Antrag

*Es sei ein Nachtragskredit von total CHF 20'000.00 zu Lasten der Erfolgsrechnung 2014 für die Kostenbeteiligung der Gemeinde an den dringend notwendigen Revisions-und Erneuerungsarbeiten, welche zur Aufrechterhaltung des Betriebes der Eisbahn (Saison 2014/15) unumgänglich sind, zu bewilligen.*

wird mit 22 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung zugestimmt.

Brunner Edwin, SVP: Ich verlange die Diskussion.

### **Abstimmung**

Der Antrag auf Diskussion wird mit 22 Ja-Stimmen zu 16 Nein-Stimmen angenommen.  
(1 Ratsmitglied ist nicht im Saal)

Brunner Edwin, SVP: Einleitend möchte die SVP festhalten, dass es bei dieser Anfrage nicht um Personen, sondern lediglich um die Sache an sich geht. Wir finden den hohen Personalwechsel in der Bauverwaltung erschreckend. Die Frage weshalb das so ist wird vom Gemeinderat am liebsten unter den Tisch gekehrt. Ist es nicht die Aufgabe der Legislative, kritische Fragen zu unklaren Sachverhalten und Vorkommnissen zu stellen? Das ist wahrscheinlich nicht nur das erklärte Ziel der SVP sondern aller Anwesenden. Wir möchten diese Gemeinde weiterbringen, dazu gehört auch eine offene Diskussion. Deshalb bitten wir den Gemeinderat auch bei unangenehmen Fragen sachlich zu bleiben und sie nach bestem Wissen und Gewissen zu beantworten.

#### Frage 1 - Welches sind die Gründe für die hohe Fluktuation?

Hier geht es mit einem Paukenschlag los. Anstatt seine Führungsschwäche einzugestehen, versucht der Gemeinderat, der SVP den schwarzen Peter zuzuschieben. Das ist ein Ablenkungsversuch den wir durchschauen. Mehr Stellen in der Bauverwaltung würde mehr Personal bedeuten und mehr Personal bedeutet mehr Probleme. Bereits bestehende Führungsprobleme würden mit mehr Personal nur noch zunehmen.

#### Frage 2 - Hat der Gemeinderat 2007 - 2014 die falschen Personen als Bauverwalter angestellt?

Diese Frage ist für uns nicht beantwortet. Es wäre interessant zu erfahren, weshalb die früheren Amtsinhaber gekündigt haben. Denn diese Antworten würden klar aufzeigen welche der gegenseitigen Erwartungen nicht erfüllt wurden. Dieses Wissen könnte mithelfen um klare und unmissverständliche Richtlinien zu schaffen.

#### Frage 3 - Hat der Gemeinderat die richtige Person als Bauverwalter angestellt?

Zur Beantwortung dieser Frage erwarten wir einen klaren Stellenbeschrieb. Passt dieser auf die ausgewählte Person? Wir hatten einfach nie einen Stellenbeschrieb, vielleicht existiert er ja.

#### Frage 4 - Liegen Fehler in der Führung durch den Ressortvorsteher oder den Gemeinderat vor?

Diese Frage wurde nicht beantwortet. Der Gemeinderat sollte zu alten Führungsfehlern stehen und seine Lehren daraus ziehen.

#### Frage 5 - Welche konkreten Massnahmen unternimmt der Gemeinderat gegen die hohen Stellenwechsel?

Da hätten wir einen Vorschlag: Unter konkreten Massnahmen verstehen wir zum Beispiel den Besuch von Führungsseminaren, sowohl für den Bauverwalter als auch für den Ressortvorsteher.

Frage 6 - Wieso wurde keine Stellenausschreibung gemacht im Sommer 2014?

Wir haben nichts gegen Roland Konrad als neuen Bauverwalter. Wir wissen, dass es sich bei ihm um eine kompetente Fachperson handelt. Aber warum wurde er nicht schon früher berücksichtigt? Und wieso wurde die Stelle nicht ausgeschrieben? Ist es richtig, dass der Gemeinderat Roland Konrad von sich aus angefragt hat? Wie lässt sich diese Anfrage begründen?

Frage 8 - Der gewählte neue Bauverwalter hatte bereits eine neue Stelle bzw. einen gültigen Arbeitsvertrag für eine neue Stelle. Muss die Gemeinde Wohlen Schadenersatz für die Auflösung dieses Arbeitsvertrages bezahlen?

Wir sind erfreut darüber, dass der Kanton Zürich Verständnis gezeigt hat, das Vorgehen soll aber keine Schule machen, denn die Kantone sollten untereinander keine Leute abwerben.

Frage 9 - Wie wurde das Auswahlverfahren für den neuen Bauverwalter im Sommer 2014 durchgeführt?

Die Doppelfunktion Personalchef und Ressortverantwortlicher ist schlecht, denn Doppelfunktionen fördern Unsicherheiten. Manchmal muss man Grösse zeigen und in einem Amt einen Vertreter einsetzen.

Frage 11 - Welches sind die Anforderungen an den neuen Stelleninhaber?

Auch hier haben wir eine ausweichende Antwort erhalten. Mit einem Stellenbeschrieb werden Anforderungen beschrieben, gibt es einen Stellenbeschrieb?

Das waren meine zusätzlichen Fragen. Der Gemeinderat betreibt bereits Werbung für mehr Stellenpensen. Er versucht damit von den wirklichen Problemen abzulenken. Man muss das Übel aber an der Wurzel packen, die Angestellten müssen seriös ausgewählt und mit klaren Vorgaben geführt werden. Andere Abteilungen im Gemeindehaus zeigen, dass das machbar ist.

Wille Franz, CVP: Eine Bemerkung zur Anfrage selbst, zweiter Abschnitt. Wenn man Zahlen verwendet, sollte man so redlich sein und die richtigen nehmen. Wenn man Werner Mäder zu denjenigen zählt die die Stelle gewechselt haben, müsste man auch seine Amtsjahre aufführen und mitrechnen. Entweder müsste man schreiben: *"In den letzten 20 Jahren haben 5 verschiedene Stelleninhaber..."* oder: *"In den letzten 7 Jahren haben 4 verschiedene Stelleninhaber..."*.

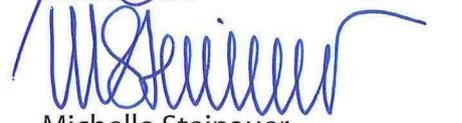
Gregor Ariane, Präsidentin: Wir sind am Ende der heutigen Sitzung. Die nächste Sitzung findet am 12. Januar 2015 um 19.00 Uhr statt.

Die Präsidentin schliesst die Sitzung.

**Für das Protokoll**



Ariane Gregor,  
Präsidentin



Michelle Steinauer,  
Gemeindeschreiber-Stv.